

Basta!

Nr. 3 / September 1998

Basels starke Alternative

EuroAirport: bald so gross wie Kloten? Flughafen

Der Flughafen Basel-Mulhouse soll auf Kosten der Umwelt und der lärmgeplagten BewohnerInnen der Region massiv ausgebaut werden. Dagegen müssen wir uns wehren.



Seit den 70er-Jahren wird die Zunahme des Flugverkehrs auf dem Flughafen Basel-Mulhouse forciert. 1970 waren es jährlich 720'000 Passagiere, 1990 schon 2 Millionen, im Jahre 2000 sollen es 3 Millionen sein und für 2010 ist das Ziel 5 Millionen. Parallel dazu nimmt auch der Frachtverkehr stark zu. Am liebsten wäre der Flughafenleitung wohl ein zweites Kloten.

Diese rasante Entwicklung ist nur möglich, weil Basel-Mulhouse gegenüber Nachbarflughäfen einige Vorteile bietet: sehr lockerer Umgang mit dem Nachtflugverbot, günstige Landetaxen, wenig Nebel (wenigstens davon profitieren auch wir!), gute Konditionen für Charterflüge, europäischer Umsteigehafen (secondary-hub).

Nun ist ein Ausbau des Flughafens geplant, der 375 Mio. Franken verschlingen wird. Die Kantone BS und BL müssen je 9%, d.h. je 34 Millionen dazu beitragen. Damit werden die Ost-West-Piste verlängert, Rollwege, der Frachtterminal und der Werkhof ausgebaut und 2000 weitere Parkplätze (zu den 5400 bestehenden) erstellt. Im Herbst wird im Grossen Rat und im Landrat über die Kredite für diesen Ausbau entschieden.

Begründet wird der Ausbau mit der grossen wirtschaftlichen Bedeutung eines attraktiven Flughafens in der Region.

Falls die Kredite für den Ausbau bewilligt werden, müssen wir das Referendum ergreifen

Das ist auch für uns ein ernstzunehmendes Argument. Auf der anderen Seite muss man aber die starke Umweltbelastung sehen. Der Flugverkehr ist die Mobilitätsart, welche die Umwelt eindeutig am meisten schädigt. Man denke nur an den hohen Energieverbrauch und an den grossen Beitrag zum Treibhauseffekt. Dazu kommt die massive Lärmbelastung, der die Bevölkerung der Region Basel ausgesetzt ist.

Ein sinnvollerer Umgang mit dem Flugverkehr könnte aber dem Wirtschaftsstandort Basel gerecht werden, ohne dass ein Ausbau des Flughafens nötig wäre. Hier einige Vorschläge:

- Für Mittel- und besonders für Kurzstrecken innerhalb von Europa ist nicht das Flugzeug, sondern die Bahn das geeignete Transportmittel.
- Eintägige Charterflüge an den Christkindlmarkt oder zum Taubenfüttern nach Venedig können durch weniger umweltbelastende Vergnügen ersetzt werden.
- Die Kostenwahrheit muss spielen. Heute sind Flugtickets viel zu billig, u.a. deshalb, weil im Flugverkehr keine Mineralölsteuer und auf den internationalen Tickets keine Mehrwertsteuer bezahlt werden muss. Zudem wird der Flugverkehr stark subventioniert.
- Basel-Mulhouse soll ausschliesslich den Bedürfnissen der Region dienen und

Fortsetzung Seite 2

Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel



Basta! aktiv

Mit gut 1'500 Unterschriften wurde am 24. Juni die Petition für eine echte Verkehrsberuhigung und mehr Sicherheit im St. Johannquartier eingerichtet. An der Lancierung und Unterschriftensammlung beteiligt war u.a. auch die BastA!-Arbeitsgruppe „Stadtplanung und Quartiere“.

Bericht Seite 2

Gemeinsame Liste

Basta!, Grüne, Frauenliste und die beiden PdA haben beschlossen, mit einer gemeinsamen Liste zu den Nationalratswahlen 1999 anzutreten. Diesem Beschluss liegen nicht nur wahlaktische Überlegungen zu Grunde.

Bericht Seite 3

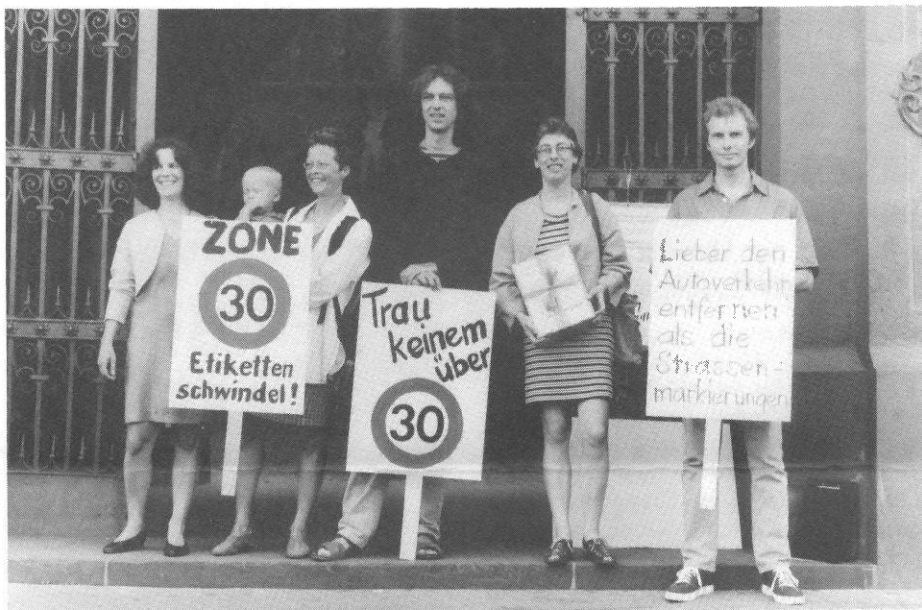
Petition eingereicht aktiv!

Die Petition für eine echte Verkehrsberuhigung im St. Johannquartier stiess auf breite Resonanz: über 1'500 Unterschriften kamen zusammen. Weitere Aktionen sind vorgesehen.

Diesen Frühling hat die BastA!-Arbeitsgruppe Stadtplanung und Quartiere zusammen mit dem Komitee wohnliches St. Johann und der Grünen Partei Basel-Stadt eine Petition für eine echte Verkehrsberuhigung im St. Johann-Quartier lanciert. Die Petition entstand als Reaktion auf eine Veranstaltung der Arbeitsgruppe, an der Vorschläge zu einer Sperrung von zwei Kreuzungen mit dem Ziel einer Unterbindung des Schleichverkehrs

präsentiert wurden. An dieser Veranstaltung wurde von verschiedener Seite ein allgemeines Malaise an der Art und Weise formuliert, wie im Quartier Tempo 30 eingeführt worden ist, so dass sich die Arbeitsgruppe von punktuellen Eingriffen weg verstärkt den Möglichkeiten einer flächendeckenden Erhaltung und Verbesserung der Wohnlichkeit zuwandte.

Die Einführung von Tempo 30 hat nämlich auch im St. Johann nicht zur ge-



Übergabe der Petition vor dem Rathaus: VertreterInnen der Arbeitsgruppe „Stadtplanung und Quartiere“, der Grünen und des Komitees wohnliches St. Johann posieren für den BastA!-Fotografen.

Fortsetzung von Seite 1

nicht KundInnen aus der ganzen Schweiz anlocken. Genf hätte noch freie Kapazitäten, und Zürich will auch ausbauen.

Wenn solche Ideen umgesetzt würden, wären die jetzigen Kapazitäten bei weitem gross genug und man könnte sich den geplanten Ausbau sparen.

Falls in den Parlamenten von BS und BL die Kredite für den Ausbau bewilligt werden, was leider anzunehmen ist, wird der VCS das Referendum ergreifen. Auch BastA! hat an der letzten Mitgliederversammlung einstimmig entschieden, ein allfälliges Referendum zu unterstützen. Noch mehr Fluglärm ist so ziemlich das Letzte, was die Region Basel braucht. Und für den Wirtschaftsstandort Basel genügt die bestehende Infrastruktur, wenn sie sinnvoll genutzt wird, vollauf.

Elisabeth Blösch-Batschelet

P.S. Mindestens fünf Flugzeuge haben mich beim Schreiben dieses Artikels gestört.

wünschten Verkehrsberuhigung geführt. Die Quartierstrassen werden weiterhin vom Durchgangsverkehr als Schleichwege benutzt, und die Tempolimits werden nur vereinzelt eingehalten. Die Verkehrssicherheit hat sich eindeutig verschlechtert, weil mit der Einführung von Tempo 30 Stoppstrassen aufgehoben und Fussgängerstreifen entfernt wurden. Gefährliche Situationen und Unfälle haben seither zugenommen. Zudem wurde die Zahl der Parkplätze erhöht.

Inhalt der Petition sind folgende Forderungen:

- bleibende Verlangsamung des motorisierten Verkehrs durch bauliche und andere Massnahmen
- vermehrte Geschwindigkeitskontrollen in den Tempo 30-Zonen
- mehr Sicherheit für die FussgängerInnen durch Wiederanbringen der Zebrastreifen

- Verhinderung von Schleichwegen des Durchgangsverkehrs durch geeignete Verkehrslenkung
- Prüfung der Situation an einzelnen verkehrsreichen Kreuzungen im Hinblick auf die Verbesserung der Verkehrssicherheit

- Ausarbeitung eines Gesamtverkehrskonzepts für das St. Johann-Quartier und fristgerechte Verwirklichung von Schutzmassnahmen gegen den kommenden Mehrverkehr von der Nordtangente.

Die Forderungen der Petition sind im Quartier auf eine breite Resonanz gestossen. In den Monaten April und Mai wurden 1500 Unterschriften für eine echte Verkehrsberuhigung gesammelt, teils über Versände und Steckaktionen, teils mit direkten Sammlungen vor Einkaufszentren im Quartier.

Dass die Verkehrssituation im Quartier ein Thema ist, hat sich auch bei anderen Gelegenheiten gezeigt. So haben besorgte AnwohnerInnen und KindergärtnerInnen an der Vogesenstrassen bereits anfangs Jahr eine Petition für eine echte Verkehrsberuhigung in diesem Teil des Quartiers lanciert.

Auch an den Innovationswerkstätten des Projektes ‚Werkstatt Basel‘ war der Verkehr sowohl im St. Johann-Quartier als auch in vielen anderen Stadtquartieren das Thema Nummer eins. Obwohl sich die Verantwortlichen in der vertiefenden Konsenswerkstatt anfangs nur auf die Umgestaltung des ‚Boulevards‘ Eläuserstrasse konzentrieren wollten, konnten die QuartiervertreterInnen des St. Johanns durchsetzen, dass das Thema unter dem Titel ‚Ein Wohnstrassennetz verbindet‘ erweitert wurde.

Die Petition, welche als willkommenen Nebeneffekt die Zusammenarbeit mit den Quartierorganisationen intensivierte, wurde am 24. Juni 98 Peter Schai, dem Präsidenten des Grossen Rates, übergeben. Die hohe Zahl von Unterschriften belegt, dass die Verkehrsproblematik den Menschen im Quartier unter den Nägeln brennt. Wichtig ist nun, dass die Petition

Die hohe Zahl von Unterschriften belegt, dass die Verkehrsproblematik den Menschen im Quartier unter den Nägeln brennt

nicht einfach in der Schublade verstaubt, sondern dass sie möglichst bald zu Reaktionen führt. Das St. Johann ist in dieser Hinsicht nur ein

Quartier von vielen, in dem sich gewisse auch in anderen Stadtteilen vorhandene Probleme kumulieren (Nordtangente-Baustelle, Pendler-Einfallsache, wenig Grünflächen und öffentliche Räume). Weitere Aktionen sind vorgesehen, um das Thema in den Köpfen und auf den Traktandenlisten zu behalten. AktivistInnen, die sich - im St. Johann oder in anderen Quartieren - an den Aktionen der Arbeitsgruppe beteiligen möchten, sind herzlich willkommen.

Peter Würmli

Stellenabbau trotz guter Rendite

Initiative

Wirtschaftlicher Aufschwung hin oder her: Die Basta!-Initiative für eine Entlassungssteuer bleibt aktuell!

„Novartis: Mehr Gewinn und Stellenabbau“ titelte kürzlich die Basler Zeitung. Nach wie vor diktiert der Shareholdervalue die Geschäftspolitik vieler Grossunternehmen. Der zaghafte konjunkturelle Aufschwung in den letzten Monaten hat daran nichts geändert. Mit der Initiative für eine Entlassungssteuer wollen wir genau die Firmen, die solch zynischen Unternehmensphilosophien huldigen, zur Kasse bitten. Es ist empörend, dass die auf Grund von Stellenabbau erzielten Extraprofite privat eingesackt werden, während die Folgekosten dem Gemeinwesen aufgebürdet werden.

Die Initiative für eine Entlassungssteuer verlangt von Firmen, die Arbeitsplätze abbauen, eine Abgabe von 25% der abgebauten Lohnsumme. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Abbau von ca. 160 Millionen Franken, wie wir ihn in den letzten 7 Jahren erlebt haben, würde dies einer Abgabe 40 Mio. im Jahr ent-

sprechen. Wir wollen aber nur diejenigen Firmen treffen, denen es wirtschaftlich

gut geht. Unternehmen, die rote Zahlen schreiben, sowie Neugründungen und kleine Betriebe sollen von der Steuer ausgenommen werden.

Um die notwendigen 4000 Unterschriften für die Initiative zusammenzubringen, bedarf es aber noch einiger Anstrengungen. Zusätzliche Unterschriftenbogen können auf dem Basta!-Sekretariat angefordert werden. Und in der Arbeitsgruppe Initiative sind neue Gesichter jederzeit gern gesehen. Anruf genügt!

Basta!-Arbeitsgruppe Initiative



Kantonale Volksinitiative für ein Gesetz über die Besteuerung von Unternehmen, welche ihren Personalbestand im Kanton Basel-Stadt reduzieren

Entlassungssteuer

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner reichen gemäss § 28 der Kantonsverfassung und den Bestimmungen des kantonalen Gesetzes betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 folgende unformulierte Volksinitiative für ein Gesetz betreffend die Besteuerung von Unternehmen, welche ihren Personalbestand im Kanton Basel-Stadt reduzieren, ein.

§ 1 Unterstellung unter die Steuer

- Kapital- und Personenunternehmen, die im Sinne von § 1 des Gesetzes über die direkte Steuer im Kanton Basel-Stadt steuerpflichtig sind, unterstehen der Steuer nach diesem Gesetz.
- Neu gegründete Unternehmen werden der Steuer erst im vierten Jahr nach der Gründung erstmals unterstellt.
- Kleine Unternehmen (beispielsweise solche, die nicht dem Mitwirkungsgesetz unterstellt sind), sind der Steuer nicht unterstellt.

§ 2 Gegenstand der Steuer

- Unternehmen, welche Personal abbauen, bezahlen eine Abgabe von 25% der abgebauten Lohnsumme.
- Diese Abgabe soll 10% des im Mittel der vergangenen 5 Jahre erzielten Reingewinns nicht übersteigen.

Der Wortlaut dieser Initiative ist am 29. April 1998 im Kantonsblatt veröffentlicht worden. Wer mit einem anderen als seinem eigenen Namen unterzeichnet oder auf andere Weise das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Initiative fälscht, macht sich nach Art. 282 des Strafgesetzbuches strafbar.

Gemeinde:

☐ Basel

☐ Riehen

☐ Bettingen

Name und Vorname (handschriftlich und in Blockschrift)	Geburtsjahr	Wohnadresse (Strasse und Nummer)	Kontrolle (leer lassen)

Das Initiativkomitee kann mit einfachem Mehr die Initiative zurückziehen. Es besteht aus folgenden Personen: Rila Schiavi, Nicole Wagner, Zeynep Yerdelen, Martin Brunner, René Etter, Martin Flückiger, Ueli Mäder. Weitere ErstunterzeichnerInnen: Regula Hofer, Regula Menzi, Heidi Mück, Evelyn Mühlfriedel, Benedikt Arnold, Henri Dreyfus, Martin Engel, Rolf Häring, Hansueli Scheidegger

Ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbogen baldmöglichst einsenden an:

Basels starke Alternative **Basta!**, Rebgrasse 1, Postfach 142, 4005 Basel

Ein Projekt mit Zukunft

Nationalratswahlen

Fünf Gruppierungen des links-grün-feministischen Spektrums haben beschlossen, mit einer gemeinsamen Liste zu den Nationalratswahlen anzutreten.

Seit Januar dieses Jahres finden zwischen den Grünen, der Frauenliste und BastA! Gespräche über ein gemeinsames Vorgehen bei den Nationalratswahlen 1999 statt. Später sind dann auch noch die Neue PdA und die PdA 1944 zu dieser Runde gestossen. Am 25. August beschloss dieses Bündnis, mit einer gemeinsamen Liste an den Wahlen teilzunehmen.

Der eben erwähnte Beschluss hat seine Vorgeschichte. Bei den letzten Nationalratswahlen traten die nun im Bündnis vertretenen Organisationen mit je eigenen Listen und in einer grossen Listenverbindung mit der SP an. Von dieser Konstellation profitierte einseitig die SP. Sie eroberte 4 Sitze, das links-grün-femi-

nistische Spektrum ging leer aus.

Nun stehen aber die im Bündnis vertretenen Gruppierungen für politische Inhalte, die von der SP nicht oder nur beschränkt abgedeckt werden. Dieser Sachverhalt sowie der WählerInnenanteil, den das Bündnis insgesamt repräsentiert, rechtfertigen den Anspruch auf einen Sitz in Bern. Die gemeinsame Liste ist die einzige Möglichkeit, diesen Anspruch auch wirklich einzulösen und gleichzeitig zusammen mit der SP die Option auf Verteidigung aller vier Sitze der politischen Linken aufrecht zu erhalten.

Der gemeinsamen Liste liegen aber nicht nur wahltaktische Überlegungen zugrunde. Sie ist auch die Konsequenz

einer intensiven und guten Zusammenarbeit der Fraktion Grüne + BastA! und der Fraktion Frauenliste im Grossen Rat während der laufenden Legislaturperiode. Ohne die Erfahrung weitgehender Übereinstimmung beider Fraktionen in vielen Grundsatzfragen und in Bezug auf die meisten politischen Tagesgeschäfte wäre das Bündnis wohl kaum zustande gekommen. Jürg Stöcklin umschrieb diese Erfahrung an der Pressekonferenz mit der Formel: "Unsere Gemeinsamkeiten sind tragfähig für eine gemeinsame Politik, unsere Unterschiede das Salz einer lebendigen Opposition." Die im Bündnis vertretenen Gruppierungen verstehen die gemeinsame Liste denn auch als ein Projekt, das über die Wahlen hinaus Bestand haben soll.

Martin Flückiger

Unsere Gemeinsamkeiten sind tragfähig für eine gemeinsame Politik, unsere Unterschiede das Salz einer lebendigen Opposition

Zweimal Ja und einmal „Jein“

Parolen

An der Mitgliederversammlung vom 17. August 98 hat Basels starke Alternative BastA! im Hinblick auf die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen folgende Parolen beschlossen:

- Ja zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe. Die LSVA ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt in Richtung Kostenwahrheit im Strassenverkehr. Ausserdem ist ohne wirksame Massnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene eine konsequente Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Alpeninitiative nicht denkbar.
- Ja zur Volksinitiative "für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters". Es ist stossend und politisch fragwürdig, bei der AHV auf Kosten der Frauen zu sparen. Zudem wäre eine Reduktion beziehungsweise eine Flexibilisierung des Rentenalters für Frauen und Männer der aktuellen wirtschaftlichen Situation und den daraus erwachsenden Beschäftigungsperspektiven eher angemessen.
- Stimmfreigabe in Bezug auf die Volksinitiative "für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe". Allein schon die Lancierung dieser Initiative hat in der schweizerischen Agrarpolitik einiges in Bewegung gesetzt. Allerdings weist die Initiative inhaltliche Mängel auf. Insbesondere hätte der Bund

keine Möglichkeit mehr, grosse und mittlere Betriebe mit einer Fläche von über 17ha durch finanzielle Anreize zu zusätzlichen ökologischen Leistungen zu motivieren. Im Gegenzug würden aber die kleinen Betriebe gestärkt.

Im weiteren hat die Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, falls der Grosse Rat dem Kredit für den Flug-

hafenausbau zustimmt, ein kantonales Referendum zu unterstützen. Die bestehende Infrastruktur des EuroAirport reicht völlig, um die regionalen Bedürfnisse (auch diejenigen der Wirtschaft) zu befriedigen. Eine zusätzliche Lärm- und Luftbelastung ist insbesondere der Bevölkerung in den direkt betroffenen Wohngebieten nicht zumutbar.



Aktion des Komitees für eine gerechte Schwerverkehrsabgabe am 8. August 1998: Am Kleinbasler Rheinufer „schreiben“ mit Fackeln ausgerüstete AktivistInnen den Schriftzug „LSVA JA“. (Photo: Greenpeace/D. Labhardt)

Asyl ist Menschenrecht

Der eine geht, der andere kommt

Immer diese Martins!

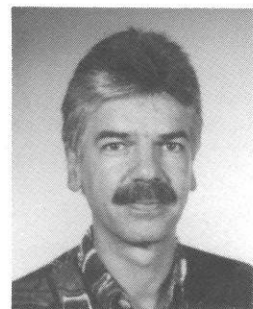
Männer mit dem Vornamen Martin haben bei BastA! die weitaus grössten Chancen, zum Sekretär gewählt zu werden. Diese Aussage lässt sich statistisch einwandfrei erhärten. Laut ebendieser Statistik haben alle anderen Männer und Frauen, mögen sie über noch so wohlklingende Vornamen verfügen, kaum Aussichten, je dieses begehrte Amt antreten zu können. Einer Gruppierung, die für die Chancengleichheit einzustehen vorgibt, sollte dieser Befund eigentlich zu denken geben!

Während der ersten drei Jahre des Bestehens von BastA! hat Martin Engel als Sekretär mit seinem Einsatz und seinem politischen Sachverstand wesentlich zum Aufbau der Gruppierung beigetragen. Nun ist der Engel in Richtung "Verband posauender Orchesterdirigenten" (VPOD) entflo-



gen. Doch keine Angst: Zumindest mit seinem linken Flügel wird er weiterhin frischen Wind in die BastA!-Stuben fächeln, und dank seiner Präsenz an den Koordinationssitzungen bilden die Martins auch dort die grösste Fraktion.

Und der andere? Hat doch, ach, Philosophie studiert, arbeitete als Drucker und Zügelmann, war arbeitslos, Lektor und Korrektor, hat in den 70er-Jahren



als "Sänger zur Laute" (Fiche) mit seinen Agitpropsons musikkverwöhnte Ohren drangsaliert und es als Aktivist des längst verblichenen Soldatenkomitees bis zur traditionellen Verspeisung des "Soldatenschüblig" gebracht ... wenn das nur gut geht!

Dem einen sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt, was aus dem anderen wird, muss sich erst weisen.

Martin (welcher??)

Einmal mehr wollen Bundesrat und Parlament uns weismachen, in Bezug auf Asylsuchende herrsche in der Schweiz ein Notstand. Wehren wir uns gegen die Aushöhlung des Asylrechts!

Mit der sofortigen Inkraftsetzung eines dringlichen Bundesbeschlusses will Bundesrat Koller der Bevölkerung weismachen, dass die Schweiz sich in Bezug auf Asylsuchende in einer Notsituation befindet. Es ist zynisch, von einer Notsituation in der Schweiz zu sprechen, wenn man die verzweifelte Lage der Flüchtlinge in Kriegsgebieten anschaut. In Kosovo zum Beispiel werden die Menschen zu Tausenden von der Armee aus ihren Dörfern vertrieben, ohne dass sie auch nur das Nötigste zum Überleben mitnehmen könnten. Und von diesen Menschen verlangen die Schweizer Behörden, dass sie gefälligst ordentlich, mit Ausweisungspapieren ausgestattet, an unserer Grenze um Asyl nachzusuchen haben, sonst wird auf ihr Gesuch nicht eingetreten. Gerade 48 Stunden haben sie Zeit, um doch noch in den Besitz von Ausweisen zu gelangen. In einem Schnellverfahren in einer der Empfangsstellen müssen sie ihre Fluchtgründe geltend machen, kurz nach einer möglicherweise traumatischen Flucht, ohne hiesige Sprachkenntnisse, wegen der knappen Fristen sicher meist auch ohne Rechtsbeistand.

Der dringliche Bundesbeschluss ist aber nur die eine Seite. Auch im revidierten Asylgesetz gibt es neue, fast unüberwindbare Hürden für Asylsuchende. Wohl gibt es jetzt einen Status für Schutzbedürftige. Flüchtlinge aus Kriegsgebieten können auf Entscheid des Bundesrates kollektiv ohne langes Verfahren vorläufig aufgenommen werden. Es ist aber ebenfalls der Bundesrat, der entscheidet, wann sie wieder zurückkehren müssen. Wer unter diesem Status aufgenommen wird, hat nun aber nicht mehr die Möglichkeit, während des vorläufigen Schutzes ein Asylgesuch zu stellen. Diese Möglichkeit wird während fünf Jahren ausgesetzt. Politisch verfolgte, traumatisierte Menschen werden während fünf Jahren sich selbst überlassen, immer mit der Angst, wieder zurückgeschickt zu werden. Auch wenn sie theoretisch nach fünf Jahren ein Asylverfahren beantragen können, werden sie kaum Chancen auf einen Flüchtlingsstatus haben. Die Fluchtgründe liegen Jahre zurück und werden, so ist zu befürchten, in den meisten Fällen nicht mehr als relevant betrachtet.

Auch das ordentliche Asylverfahren soll massiv verschärft werden. Bestim-

mungen des Verwaltungsverfahrensrechts werden für Asylsuchende ausser Kraft gesetzt, z. B. die Bestimmungen über den Fristenstillstand während der Gerichtsferien. Die Fristen in den Asylverfahren laufen während der gesetzlichen Ferien und über die Feiertage weiter, ungeachtet der Probleme, die dies für RechtsberaterInnen, BetreuerInnen und für die Flüchtlinge selbst bringt. Neu wird in Flughafenfällen der Entscheid über das Asylgesuch auch nicht mehr den

RechtsvertreterInnen, sondern den Betroffenen selbst zugestellt. Sie müssen also selber mit den Rechtsausdrücken fertig werden, die nicht einmal in einer ihnen

verständlichen Sprache abgefasst sein müssen. Dazu kommt, dass die Beschwerdefristen in Flughafenfällen auf bloss 24 Stunden herabgesetzt werden.

Mit zahlreichen zusätzlichen Verschärfungen soll der Zugang zu einem Asylverfahren erschwert werden. Kommt dazu, dass die Forderung aller wichtigen schweizerischen Frauenorganisationen, geschlechtsspezifische Fluchtgründe als eigenständige Asylgründe anzuerkennen, nicht berücksichtigt wurde. Doch Asyl ist Menschenrecht. Unterschreibt die beiden Referenden gegen den dringlichen Bundesbeschluss und gegen das revidierte Asylgesetz!

Silvia Sommer, Co-Präsidentin des Referendumskomitees

Referendumsbogen, Argumentarien, Einzahlungsscheine und weiteres Infomaterial können bestellt werden bei:

**Referendumskomitee
gegen die Aushöhlung des
Asylrechts, Postfach 7643,
3001 Bern,
Tel. 031/302 75 07, Fax: 031/
312 40 45,
PK 30-495459-3**

**Informationen auch auf
Internet:
www.raben-net.ch/asyl98**

Neue Konzepte zur Beschäftigungs- politik

Tagung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Freitag, 18. September 1998
14 bis 18.30 Uhr
Universität Basel

ExpertInnen aus 4 EU-Mitgliederstaaten diskutieren:
Welche Massnahmen haben nachhaltigen Erfolg im Kampf gegen Erwerbslosigkeit gebracht?
Welchen Spielraum lässt der Euro für ein soziales europäisches Modell als Antwort auf die Globalisierung?
Wie kann eine europäische Beschäftigungspolitik unter den Bedingungen des Amsterdamer EU-Vertrages aussehen?

☐ Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

☐ Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

☐ Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von

Fr.

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute ohne Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).

☐ Ich unterstütze BastA! als GönnerIn, schickt mir Einzahlungsscheine.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Basel muss wohnlicher werden

Positionen

In der Sommerserie der Basellandschaftlichen Zeitung mit dem Titel "Parteipräsidien im Gespräch" hat Nicole Wagner für BastA! Stellung bezogen. Hier einige Auszüge aus dem Interview.



bz: Wo ortet BastA! derzeit das grösste Problem, mit dem sich Basel-Stadt konfrontiert sieht?

Nicole: Nicht ein einzelnes, sondern ein umfassendes Problem beschäftigt uns zentral. Global gesehen kommt es auf der wirtschaftlichen Ebene zu markanten Umverlagerungen und wir auf der kantonalen Ebene hinken mit den Reaktionen und dem Suchen nach Antworten hintendrin und reagieren hilflos auf Fusionen, Firmenwegzüge, Stellen- und Sozialabbau.

bz: Wie wirkt sich dies denn in Basel-Stadt aus?

Nicole: Das Ganze wirkt sich im Zusammenhang mit der baselstädtischen Finanzpolitik aus. Einerseits erfordert der Stellenabbau für die Erwerbslosen mehr Sozialleistungen, andererseits wird mit Sparszenarien versucht – eben auch im Sozialbereich – die marode Staatskasse zu sanieren. (...)

bz: ...was müsste also geändert werden?

Nicole: (...) Basel muss auch als wohnliche Stadt attraktiver werden, damit die Menschen Lust bekommen, hier zu wohnen.

bz: Was versteht BastA! unter die Stadt "wohnlicher" zu gestalten?

Nicole: In erster Linie ist damit Ver-

kehrsberuhigung gemeint. (...) Aber auch der Flugverkehr ist zu reduzieren (...) Im weiteren muss attraktiver Wohnraum geschaffen werden, und zwar nicht nur teurer, sondern auch günstiger und familienfreundlicher Wohnraum. (...)

bz: Mit der Attraktivität des Standortes Basel einen Zusammenhang hat auch der Zustand der Staatskasse. Sanierungsmassnahmen wurden eingeleitet, sind wir auf dem richtigen Weg?

Nicole: Sanierungsmassnahmen sind generell problematisch, bedeuten sie doch immer Abbau von Leistungen. Wir sollten uns nach neuen Einnahmen umsehen und nicht ständig Leistungsabbau betreiben. Mit dem Sparen muss es jetzt ein Ende haben.

bz: In diesem Fall muss der Schuldenabbau zugunsten der kommenden Generationen noch lange auf sich warten lassen ...

Nicole: ...der Schuldenabbau darf nicht auf dem Abbau einzelner Leistungen basieren. Prioritär wären Doppelspurigkeiten in der Verwaltung zu vermeiden (...)

Schliesslich müssen neue Einnahmenquellen erschlossen werden. Deshalb hat BastA! eine Initiative lanciert, welche fordert, dass Firmen, die Stellenabbau lediglich zur Gewinnmaximierung betreiben, eine "Entlassungssteuer" zu bezahlen haben.

(Auszüge aus BZ vom 3. August 1998)

Veranstaltungen

Do. 17. September

„Kostenwahrheit im Luftverkehr“, Podium mit anschliessender Publikumsdiskussion. Es diskutieren: Ralph Lewin, Regierungsrat BS, Kathrin Giovannone, Vorstand Grüne BS, Urs M. Sieber, Flughafendirektor, Mathias Zimmermann, Zentralsekretär VCS, Vorsitzender des europäischen Dachverbandes T&E. Diskussionsleitung: André Auderset, Redaktor Radio Basilisk.

• 20.00 Uhr, Café Spitz, Merian-Saal

Freitag, 18. September

„Neue Konzepte zur Beschäftigungspolitik“, Tagung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, mit EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies und Bundesrat Pascal Couchepin. Anschliessend an die Referate findet eine Podiumsdiskussion statt. Es diskutieren: Jacques Freyssinet (IRES, Paris), Hartmut Seifert (WSI, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf), Jelle Visser (Universität Amsterdam), Bernhard Achitz (ÖGB), Edith Gross (EFBH). Moderation: Margrit Meier (SGB)

• 14 bis 18.30 Uhr, Universität Basel

Impressum: Nr. 3 / September 1998. Herausgeber: BastA!, Basels starke Alternative, Reb-gasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich. Abo: Fr. 20.-, Redaktion: Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel